



SPIEGEL Titel

Westdeutsche Jugend 1976 (in der Tanzstunde): „Generation von Heuchlern, Kriechern, Eingeschüchterten“?

Jugend '76: „Lieber Gott, mach mich krumm“

Zulauf bei der Jungen Union, Stagnation beim SPD- und FDP-Nachwuchs: Wechseln jetzt die Jungwähler, bislang auf der Seite der Linken und der Liberalen, die

Front? Koalitionspolitiker fürchten, daß nach den Jahren der Rebellion nun eine Generation der „Mitläufer und Jasager“ einen Rückschlag ermöglichen könnte.

Die Stimmen waren noch nicht abgegeben, da glaubte Matthias Kleinert, Sprecher der Stuttgarter CDU-Fraktion, schon einen der Gründe des Landtagswahl-Sieges seiner Partei zu kennen: Baden-Württembergs Christunion, frohlockte er, habe in ihren Wahlversammlungen „noch nie so viele Jugendliche gehabt wie diesmal“.

Wie im deutschen Südwesten wollen Christdemokraten überall in der Bundesrepublik eine Entwicklung ausgemacht haben, die ihnen Anlaß zu schönsten Hoffnungen gäbe: In Nordrhein-Westfalen meldet CDU-Chef Köppler „Zulauf von Jugendlichen“. In Niedersachsen beobachtet Klaus-Michael Machens, Landesvorsitzender der Jungen Union: „Die CDU-Politik wird von Jugendlichen bereiter aufgenommen.“

Im Aufwind sehen sich sowohl die Junge Union (JU) als auch deren Schüler-Union (SU), die, so die Hamburger Abgeordnete Birgit Breuel, „erschlagen werden von neuen Mitgliedern — das geht gewaltig“. Binnen eines Jahres legte die JU zwölf Prozent zu; selbst unter

Westdeutsche Jugend 1968 (bei einer Vietnam-Demonstration), CDU-Jungwähler-Plakat,



Lehrlingen, verbreitet die Unionsjugend, gebe es nun „mehr JU-Leute als Jusos“ (Machens).

Die Jugendorganisationen von SPD und FDP haben allerorten, die Hochschulen ausgenommen, an Anziehungskraft verloren. Bei den Jungsozialisten — obschon noch immer zahlenmäßig vorn — ist die Aktivität vieler lokaler Arbeitsgemeinschaften so stark zurückgegangen, daß sich Bonner Sozialdemokraten sorgen, die Jusos seien in Gefahr „auszusterben“, so jedenfalls Vorstandsmitglied Horst Ehmke. Bei den

linksliberalen Jungdemokraten, klagte der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher, bewege sich der Mitgliederzuwachs „auf Null“.

„Jusos und Judos“, behauptet der Kieler Gymnasiast und SU-Sprecher Wolfgang Saurin, „sind bei uns fast vollständig tot.“ In Bayern hatten CSU-Pennäler schon letztes Jahr den Kampf gegen ihre gleichaltrigen Widersacher abgeblasen. „Wir sind“, tönte damals SU-Sprecher Hermann Huber, „nicht mehr gegen links, weil da ist nichts mehr.“

Protestierende Studenten, die unter roten Fahnen Wasserwerfern trotzen — was noch vor fünf, sechs Jahren Bürger schreckte, nimmt sich heute aus wie eine flüchtige Episode. Ganze Klassen langhaariger Schüler, die „Willy wählen“ am Revers tragen — was noch vor vier Jahren zur Bundestagswahl gang und gäbe war, es kehrt wohl nicht mehr wieder.

Daß nun in den Hörsälen mehr und mehr Kurzhaarige sitzen, daß schlagende Verbindungen wieder Zuwachs melden,

daß sich Tanzschulen alter Art neuen Zuspruchs erfreuen — dies alles könne, meint der Karlsruher Hochschullehrer Peter Wapnewski, doch nicht einfach „Zufall“ sein. Und ist es nicht auch ein politisches Symptom, wenn, wie der „Kirchenbote des Bistums Osnabrück“ meldet, „die Zahl der jungen Menschen, die an Wallfahrten teilnehmen, steigt“? Wenn an westdeutschen Gymnasien, jahrelang Hochburgen der Wehrdienstverweigerer, jetzt schon mal eine Oberprima geschlossen zur Armee überläuft?

Sechs Monate vor der Bundestagswahl drängt sich die Frage auf, ob die westdeutschen Jungwähler, bislang mehrheitlich auf der Seite der Linken und Liberalen, nunmehr die Front wechseln — oder ob der Schein trügt. Wie stark, wie beständig ist der Ruck nach rechts, den CDU/CSU offen reklamieren und SPD/FDP insgeheim befürchten? Gibt es ihn überhaupt?

Von einer Trendwende war erstmals schon in den Landtagswahl-Nächten des Jahres 1974 die Rede, als Wählerstrom-Analysen des Godesberger Infas-Instituts die CDU als die Partei der Jugend erscheinen ließen — eine Interpretation, die sich freilich als falsch erwies, als die Bundesländer später ihre detaillierten „repräsentativen Wahlstatistiken“ veröffentlichten.

Danach hat sich, wie die Mannheimer „Forschungsgruppe Wahlen“ zusammenfaßte, zwar durchweg das „Ausmaß der Bevorzugung der SPD durch Jungwähler etwas verringert“, dennoch erreichte die SPD selbst in Bayern „bei Jungwählern immer noch überdurchschnittliche Stimmenanteile“. Und auch nach der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz befand die Forschungsgruppe, daß Helmut Kohls Landes-CDU „unterdurchschnittlich bei Jungwählern abschneidet und ihr Zuwachs bei diesen Wählerschichten (+ 2,3 Prozent) deutlich unter dem Zuwachs bei allen Altersschichten (+ 3,9 Prozent) liegt“.

Mit anderen Worten: Während die SPD bei den Landtagswahlen seit 1972 zumeist empfindliche Verluste hinnehmen mußte, schnitt sie bei den Jungwählern fast immer erheblich besser ab als bei allen anderen Wählergruppen. Das „Handelsblatt“ brachte den Sachverhalt, vor der Baden-Württemberg-Wahl, korrekt auf die Formel: „Jungwähler bremsen den Trend zur CDU.“

In der Unterzeile hieß es damals freilich schon: „Aber der ‚linke Boom‘ läuft langsam aus.“ Und daß es mittlerweile so weit sei, daß nun die SPD auch von ihren treuesten Wählern im Stich gelassen werde, behauptet neuerdings der renommierte Wahlforscher Professor Werner Kaltefleiter (CDU). Im Februar veröffentlichte er erstaunliche Umfrage-Daten über das potentielle Wahlverhalten der 18- bis 23jährigen: 44,5 Prozent für die CDU/CSU, 39,8



„Komm aus Deiner linken Ecke“



Jungsozialisten-Button 1976: „Der linke Boom läuft langsam aus“



WIE DIE JUNGEN WÄHLEN

Bei fast allen Wahlen seit 1972 haben SPD und FDP bei den Jungwählern besser, CDU und CSU schlechter abgeschnitten als in anderen Altersgruppen.

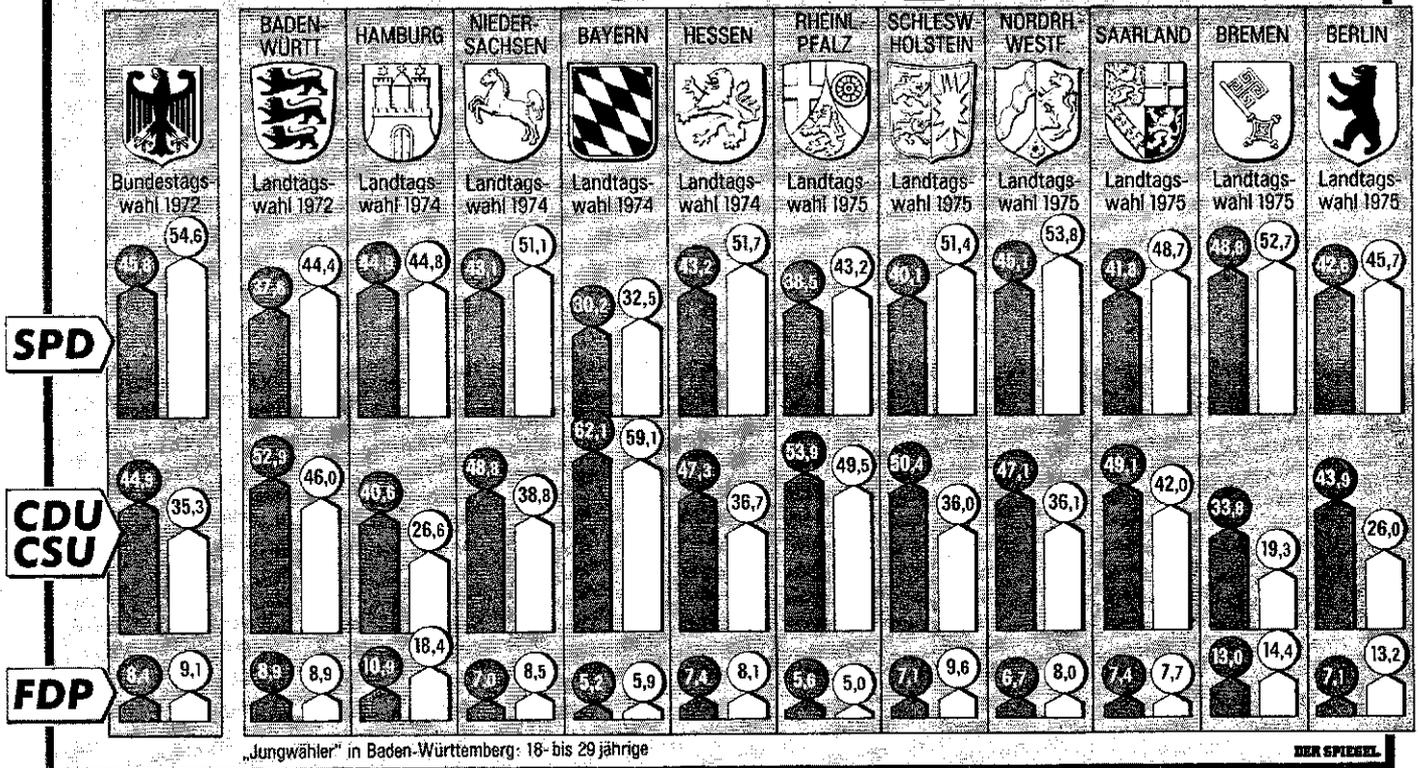
Angaben in Prozent der gültigen Stimmen



Wähler insgesamt



Jungwähler (18 bis unter 25 Jahre)



Prozent für die Sozialdemokraten (SPIEGEL 7/1976).

Noch geringere SPD-Sympathien als bei diesen jungen Wählern hatte Kaltefleiter nur in einer einzigen anderen Altersgruppe ausgemacht, bei den über 60jährigen: 37,6 Prozent. Die Jüngsten politisch vereint mit den ganz Alten, ein Pakt, der womöglich die Bonner Koalition zu Fall brächte — diese Schreckensvision bedrückt denn auch Sozial- wie Freidemokraten, wiewohl kaum ein Demoskop Kaltefleiters Ansicht teilt, die Union habe bei den Neuwählern die SPD schon überholt.

So wies das Bielefelder Emnid-Institut vorsichtig darauf hin, daß bei einer Befragung von wenigen hundert Jugendlichen, wie die Bremer Firma Getas sie für Kaltefleiter vorgenommen habe, „die Fehlertoleranzen doch sehr groß“ seien. Münchens „Infratest“ kommentiert die Kaltefleiter-Untersuchung mit der Anmerkung, daß gerade bei Jungwählern „jede Momentaufnahme zwangsläufig das Bild verfälscht“; in den Jahren 1972 bis 1975 habe, so Demoskop Horst Becker, der SPD-Anteil um nicht weniger als 20 Prozent geschwankt.

Wie „äußerst unsicher“ (Becker) die Jüngeren in der Tat politisch reagieren, demonstrieren beispielhaft die monatli-

chen Umfragen des Allensbacher Instituts für Demoskopie:

- ▷ Die SPD-Präferenz in der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung bewegt sich seit einem Jahr relativ ruhig zwischen 37 und 42 Prozent, die CDU-Vorliebe zwischen 47 und 51. Auf- und Abwärtsbewegungen von mehr als zwei Punkten monatlich sind die Ausnahme.
- ▷ Bei den 18- bis 29jährigen zuckt die Kurve zuweilen von einem Monat auf den anderen von 52 auf 44 Prozent (SPD) oder von 38 auf 43 Prozent (CDU) — so die Ergebnisse aus den Monaten Januar und Februar 1976.

Das derart schwankende Bild ergibt sich aus jugendspezifischen Verhaltensweisen, die der hannoversche Jugend- und Sozialforscher Professor Walter Jaide wiederholt präzise beschrieben hat: Jungwähler sind danach parteipolitisch weit weniger fixiert als Erwachsene, ja die „politische Meinungsbildung“ ist „nicht einmal identisch mit Wahlverhalten und Organisationsbeitrag.“ Mithin: „Die Quote der Wechselwähler ist bei ihnen am stärksten.“

Übrigens auch der Anteil der Nichtwähler. Die Wahlbeteiligung der 18- bis 21jährigen betrug zwar bei der Brandt-Wahl 1972 exzeptionelle 85 Prozent, schrumpfte bei den folgenden Landtagswahlen aber auf das übliche

Schwachmaß — bis auf 67 Prozent bei den Erstwählerinnen in Hamburg.

Zu solchen Unwägbarkeiten kommen nun auch zeittypische Umstände, die es selbst professionellen Beobachtern schwermachen, den politischen Standort der Jungen hinreichend genau zu bestimmen. So deutlich sich die Jugend '76 auch von der skeptischen Generation der 50er und der rebellierenderen Generation der 60er Jahre unterscheidet, so uneins sind Psychologen und Pädagogen, Politologen und Demoskopiker in der Bewertung.

„Die Jugend streckt sich nach der Decke.“

Ob sich da ein Trend zur Mitte oder ein Ruck nach rechts vollzieht, ob die Zeichen auf Entpolitisierung oder auf Radikalisierung deuten, ob vielleicht lediglich nach Jahren ungezogenen Protests nunmehr Ernüchterung, Normalisierung einkehrt — darüber gehen die Meinungen weit auseinander.

Manche Beobachter haben, wie Hermann Eicher, prominenter Freidemokrat in Rheinland-Pfalz, überhaupt „nicht den Eindruck, daß sich in der Quantität ein Wandel in den Ansichten der Jugendlichen vollzieht“. Andere wiederum, ebenfalls Freidemokraten,

Für Autofahrer öfter mal ein Holiday-Weekend in einer anderen Stadt.

DM 49.50 p.P.



Das Holiday-Weekend wartet in 15 Städten auf Sie. Ein Wochenende mit allem Komfort **DM 49,50 p.P.** Einzelzimmer-Zuschlag DM 10,-. Kinder unter 12 Jahren übernachten im Zimmer ihrer Eltern mit.

- Welcome-Drink ● Abendessen
- luxuriöses Zimmer mit Bad: 2 franz. Betten, Klimaanlage, Radio u. TV, Telefon ● Am Sonntag reichhaltiges Frühstück vom Buffet.
- Schwimmbad, z.T. Sauna und Solarium. ● Parken.

Fordern Sie unseren Prospekt »Holiday-Weekend« mit Vorschlägen für vergnügliche Wochenenden in 15 Städten an.

Holiday Inn HOTELS

- **8900 Augsburg**, Wittelsbacher Park, Tel.: 0821/57051
- **6231 Frankfurt/Main-Taunus-Zentrum**, Tel.: 06196/7878
- **3000 Hannover 42**, Flughafen, Postfach 420249, Tel.: 0511/730171
- **6909 Heidelberg-Walldorf**, Roter Straße, Tel.: 06227/62051
- **8070 Ingolstadt**, Goethestr. 153, Tel.: 0841/59081
- **3500 Kassel**, Heiligenroder Str. 61, Tel.: 0561/52151
- **5000 Köln 90 (Bonn)**, Flughafen, Tel.: 02203/731
- **L-Luxemburg-Europa Zentrum**, Postfach 512, Tel.: 00352/435051
- **4050 Mönchengladbach 1**, Am Geroplatz, Tel.: 02161/31131
- **8000 München 40**, Leopoldstr. 200, Tel.: 089/340971
- **8000 München 40**, (Olympic), Schleißheimer Str. 188, Tel.: 089/309010
- **7032 Sindelfingen**, Schwertstr. 65, Tel.: 07031/61311
- **F-67000 Straßburg**, 20 Place de Bordeaux, Tel.: 003388/324912
- **7015 Stuttgart-Münchingen**, Siemensstr. 50, Tel.: 07150/131
- **6806 Viernheim-Mannheim**, Postfach 1212, Tel.: 06204/5036
- **3180 Wolfsburg**, Rathausstr. 1, Tel.: 05361/12081

sehen „ein gewisses Roll-back zum Konservatismus“, wie Hamburgs FDP-Fraktionschef Gerhard Moritz Meyer. Werner Klumpp, Freidemokraten-Führer an der Saar, findet gar: „Jetzt haben wir den totalen bürgerlichen backlash.“

Wenn schon Rechtsruck, dann glauben ihn die einen bei Jugendlichen in den „unteren sozialen Schichten“ bemerkt zu haben (Gunther Bonz von den Hamburger Jungdemokraten). Otto Bernhard, Jugendbeauftragter der Kieler Landesregierung, meint hingegen, die Strömung komme „von den Gymnasien“. Heinz-Jürgen Fritzensmeier schließlich, JU-Geschäftsführer in Hamburg, vermutet Quellen „quer durch den Garten“.

Für Verteidigungsminister Georg Leber wiederum ist das Ganze nichts anderes als modische Antimode: „Man trägt das Haar wieder kurz, weil der Lehrer es jetzt lang trägt.“ Und ähnlich argumentieren Christdemokraten, die sich, wie Jugendbeauftragter Bernhard, den Zulauf zur Jungen Union schlicht damit erklären, daß „junge Leute immer sehr gern gegen die Regierung sind“ — was nichts anderes hieße, als daß sich in jenen Jahrgängen Neigung zur Kritik, zum Widerspruch artikuliert.

Exakt das Gegenteil behauptet Heinrich Böll: Er sieht eine „Generation von Heuchlern, Kriechern, Eingeschüchternen, Opportunisten und Angsthasen“ heranwachsen, die sich glatt anpaßt an den herrschenden Trend. Kollege Günter Graß verspürt ebenfalls eine Atmosphäre, in der „kritiklose Anpassung an die bestehenden polit-ökonomischen Verhältnisse als staatsbürgerliche Tugend erscheint“.

Sie hätte gerade noch gefehlt: eine Generation von Duckmäusern. Obwohl die Sozialforscher noch unsicher sind, ob sie wirklich in Erscheinung tritt, malen manche von ihnen schon die Folgen aus: Einerseits könne sich der politische Absentismus in einer verstärkten Wahlenthaltung niederschlagen, andererseits dürfte sich der Trend zum Konservativen verstärken.

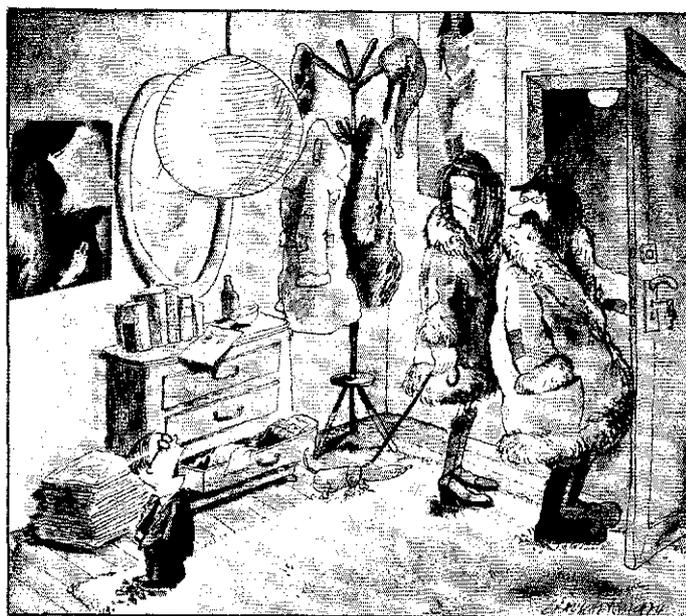
Das rechte Potential in der Jugend ist schon in den letzten Jahren stets stärker gewesen als gemeinhin angenommen. Bereits 1970, bald nach dem Höhepunkt der Apo-Proteste, hatte der Sozialforscher Jaide herausgefunden,

daß — entgegen landläufiger Auffassung — „nur ein knappes Fünftel“ der 15- bis 19jährigen den „politischen Meinungen der linksextremen Studenten“ zustimmte.

Damals machte Jaide innerhalb der jungen Generation zwei „gleichstarke“ Strömungen aus:

- ▷ eine „progressiv-liberale“ und „pazifistische“ Haupttendenz — bevorzugt vor allem „vom sozialen und schulischen Mittel- und Oberbau“,
- ▷ eine „restaurativ-autoritäre Haupttendenz“ sowie „faschistoide Einstellungen“ — verbreitet insbesondere im „Unterbau“.

Bei der schweigenden Hälfte drunten diagnostizierte Jaide 1970 einen ausgeprägten Hang zur „Entschuldigung des Nationalsozialismus“, dazu „generelle Diffamierung der Politiker von heute“ — mithin „keineswegs einen respektablen Konservatismus“, sondern eher to-



Pardon

„Solange ihr so rumlauft, könnt ihr alleine spaziergehen“

talitäre Neigungen. Ein Abbau solcher demokratiefeindlicher Einstellungen könne, warnte Jaide vor sechs Jahren, nur gelingen, wenn — unter anderem — „stärkere politische oder wirtschaftliche Belastungen oder entsprechende Panikmache“ ausblieben.

Sie sind nicht ausgeblieben. Wer um 1960 herum geboren ist — also in den Windeln Jag, als die SPIEGEL-Affäre die Republik erschütterte, und gerade lesen lernte, als Rudi Dutschke die politische Szene betrat —, zählt zu einer Altersgruppe, die sich von früheren grundlegend unterscheidet: Anders als ihre älteren Geschwister sind diese Jugendlichen in Jahren aufgewachsen, in denen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, Numerus clausus und Extremisten-Beschluß das politische Klima zu beeinflussen begannen — Bedingungen, deren sozialpsychologische

Konsequenzen bislang kaum erforscht sind.

„In der gegenwärtigen Krisensituation“, sagt der Soziologe Georg Kärtner vom Münchner Jugendinstitut, „lernen die Jugendlichen vor allem, sich nach der Decke zu strecken.“ Die nachrückende Generation, beobachtet der sozialdemokratische Schriftsteller und Abgeordnete Dieter Lattmann, warte „teilweise vor verschlossenen Toren der Universitäten, Ausbildungsstätten und Berufe“ — und „in der Hoffnung, doch noch hineinzukommen, steht sie größtenteils in immer unbeholfenerer Weise wieder stramm“.

Strammer und stiller denn je stehen sie nun bei der Bundeswehr: Dort sind die Soldaten nach dem jüngsten Jahresbericht des Wehrbeauftragten Karl Wilhelm Berkhan neuerdings vor allem bemüht, „ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht durch ein schlechtes Dienstzeugnis zu verringern“; das gehe, klagt Berkhan, so weit, „daß berechnete Klagen und Forderungen — wenn überhaupt — nur allzu zögernd und zurückhaltend“ vorgetragen werden und die Bundeswehr Gefahr laufe, zum „Mitläufer und Jasager“ zu drillen.

Lehrlinge heute haben „einfach Angst“.

Auch unter Zivilisten ist Zivilcourage rar geworden: In Westdeutschlands Betrieben wagen es Jugendliche, sagt DGB-Bundesjugendsekretär Walter Haas, „seltener als früher, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen“ — obgleich die Gewerbeaufsichtsämter allerorten feststellen, daß Unternehmen nun häufiger als in den vergangenen Jahren Gesetze verletzen.

Seltener als früher auch finden sich Jugendliche bereit, den ihnen zustehenden Bildungsurlaub zu beantragen oder für Jugendvertreterwahlen zu kandidieren. Schon die Jüngsten im Betrieb wissen, sagt der bayrische DGB-Jugendsekretär Reinhard Autolny, daß „nicht nur die Leistung, sondern zunehmend auch das Wohlverhalten“ darüber entscheidet, ob jemand den mühsam ergatterten Arbeits- oder Ausbildungsplatz behält. Autolny: „Die haben einfach Angst.“

Dasselbe Klima breitet sich zusehends auch in den Schulen aus, seit dort allmorgendlich, des Studien- oder des Arbeitsplatzes wegen, Rivalitätskämpfe um Lehrergunst und Bestnoten ausbrechen. Vor allem Oberstufenschüler, schildert

der West-Berliner Oberstudienrat Klaus-Dieter Thieme, verzichteten auf „Angst und Opportunismus“ nunmehr „auf eine kritische Reflexion des Unterrichts“.

Seit die Schulen vor allem Ellenbogendenken lehren, spielt sich in immer mehr Klassen, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ notierte, „mit blinder Eigengesetzlichkeit alles wie bei Darwin“ ab: „Die Verabsolutierung eines einzigen Kriteriums, des Notendurchschnitts, züchtet den cleveren, an nichts als seinem Erfolg interessierten Karrieristen.“

Die Furcht davor, durch irgend etwas anderes als gute Zensuren aufzufallen, droht bereits die ohnehin seit Jahren angeschlagene Schülermitverwaltung vollends lahmzulegen. Als

letzten Monat das Schulamt des Kreises Hannover die Schülervertreter von 134 weiterführenden Lehranstalten zwecks Bildung eines — im Schulgesetz vorgesehenen — Kreisschülerrates anschrieb, gingen ganze 35 Antworten ein, davon zehn ablehnende. Kommentar des Schulamtes: „Erschreckend.“

Interesselosigkeit schlägt sich auch in einem rapiden Verfall der jugendeigenen Schülerpresse nieder; die Zahl der einstmals durchweg kritisch-kecken Blättchen ist binnen zwei Jahren von etwa 1600 auf rund 1000 gesunken. Und wenn die Jugendpresse als politischer Seismograph taugt, haben sich an Westdeutschlands Universitäten geradezu dramatische Änderungen vollzogen. Ein Beispiel von vielen: das „Zentralblatt für den Ausbildungssektor“ („zas“), das vom Allgemeinen Studen-



Junge-Union-Wahlkampf (in Heidelberg): „Irgendwo fühlen sich alle ...“



... vor den Kopf gestoßen“: Jugendliche Arbeitslose (in Essen)



Jugend-Zuflucht Bundeswehr: „Berechtigte Klagen werden allzu zögernd und zurückhaltend vorgetragen“

tenausschuß der Universität Hamburg gemacht und in 12 000 Exemplaren an allen Hochschulen der Hansestadt verbreitet wird.

Als „zas“ Ende der sechziger Jahre gegründet wurde, beherrschten Beiträge gegen „Völkermord in Afrika“ und „Imperialistische Agenten an der Universität“ das Blatt; vorübergehend wurde es gar wegen des Verdachts der Staatsverleumdung beschlagnahmt. Ein halbes Jahrzehnt später gleicht „zas“ stellenweise der „Bild“-Zeitung: auf der Titelseite Uwe Seeler, dazu Neues vom „Fall Netzer“.

Zugleich ist unter Studenten, die schon zu Apo-Zeiten auf dem Campus wahlfaul waren und so radikalen Gruppen an die Spitze halfen, das politische Interesse deutlich gesunken. Die Situation an den Hochschulen, urteilt Bonns Bildungsstaatssekretär Peter Glotz, „läßt keinen anderen Schluß zu: Vom Konkurrenzkampf vergiftet, bereitet sich ein wachsendes Heer von Studenten auf die akademischen Prüfungen vor, ohne einen Blick über den Tellerrand ihres Faches zu werfen. Gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge interessieren nicht“.

**„Besonderes Kennzeichen:
akademischer Dünkel.“**

Immer mehr entarte die Hochschule, meint der Bildungspolitiker, zu einer Stätte gnadenlosen Notengerangels, an der „Phantasie, Eigeninitiative und solidarische Verhaltensweisen nicht gefragt“ seien. „Wenn diese Entwicklung so weitergeht“, werde die Hochschule dem Lande einen Menschentyp besche-

ren, dessen „besondere Kennzeichen die fachliche Borniertheit und der akademische Dünkel sind“.

Kein Zweifel, daß die Extremistenabwehr-Praxis der meisten Bundesländer die Tendenz zur politischen Abstinenz noch verstärkt. Wo einst Studenten Parolen wie „Kapitalismus muß weg“ auf Saugpost druckten und auf Rauhpapier pinselten, flattert nun ein geflügeltes Wort über den Campus: „Lieber Gott, mach mich krumm, daß ich in den Staatsdienst kumm.“

Neben Anpasserei aber greift Überanpassung, neben Angst Überängstlichkeit um sich. „Unterschriften“, berichteten jüngst Stuttgarter Lehrer bei einer Podiumsdiskussion, „sind nur noch zu bekommen, wenn schon mindestens hundert andere auch unterschrieben haben“ — eine Erfahrung, die ähnlich auch die Gefangenen-Hilfsorganisation „Amnesty International“ sammelte, als sie im vergangenen Jahr um Unterstützung für eine weltweite Aktion zur Abschaffung der Folter warb.

Nicht einmal die Delegierten des letzten SPD-Parteitag in Mannheim zeigten sich frei von derlei Hysterie: Manch einer, berichtete das parteiinterne „sozialdemokrat magazin“, war nicht bereit, sich namentlich in eine Spendenliste für die spanische Bruderpartei einzutragen; die Genossen befürchteten berufliche Nachteile.

Das politisch begründete Duckmäusertum droht, zumindest in einigen Bundesländern, bereits an den Schulen zu beginnen. Im bayrischen Miltenberg wurden letztes Jahr zwei 17jährige, die für ein Jugendblättchen mit dem Namen „Kontrast“ Beiträge verfaßt hatten, von ihrem Schulleiter — wie sie

sich erinnern — belehrt: „Wenn Sie bei einer Jugendzeitschrift mitarbeiten, dann sollten Sie Obacht geben, für wen Sie da arbeiten, damit Sie nicht später einmal Schwierigkeiten mit dem Radikalenerlaß bekommen.“

„Klarer als früher“, beschreibt Gerd Langguth, Ex-Vorsitzender des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), die Auswirkungen solcher Praktiken, begriffen Jugendliche, daß „das Bekenntnis zum Sozialismus für sie gewisse Risiken birgt. Die Bedeutung der Radikalen-Erlasse hat sich herumgesprochen“.

**An den Schulen:
Schnüffel- und Büffelzeit.**

In dieser vom Kabarettisten Helmut Ruge so genannten Schnüffel- und Büffelzeit ist freilich schwer auszumachen, was die politischen Verhaltensweisen von Jugendlichen stärker beeinflusst: das Schnüffeln oder das Büffeln.

Sicher ist, daß in den letzten Jahren linke Einstellungen, zumindest aber linkes Engagement an Schulen und Hochschulen geschwunden sind, und nicht nur da. Gewiß läßt sich das nur zum Teil damit erklären, daß Furcht vor dem Radikalen-Erlaß grassiert. Zumal die jugendlichen SPD- und FDP-Anhänger sind schlicht enttäuscht:

Die langatmigen, „wirren Diskussionen“ (Ex-Juso-Vize Hermann Scheer) der Parteijunioren, die Ablösung des Jungwähler-Idols Brandt, die unerfüllten Reformwünsche — das alles blieb nicht ohne Wirkung. „Irgendwo“, sagt Joachim Kleffel vom Hamburger Christlichen Verein Junger Männer,

„fühlen sich alle vor den Kopf gestoßen.“

Aber nicht nur die Linken oder ehemals Linken scheinen benommen. Charakteristisch für die 1976er Jugend insgesamt ist eine „gewisse Trägheit“, wie sie Fritz Schösser, Vorsitzender des bayrischen DGB-Jugendausschusses, beklagt.

Was Wunder: Angesichts ungelöster Probleme wie der Jugendarbeitslosigkeit, bei denen selbst die Bonner Macher machtlos sind, muß es in der Tat „schwerfallen, jungen Leuten zu erklären, daß sie erreichen, wenn sie aktiv werden“ (Kleffel). Wenn auch die Veränderungsexperten von der SPD keinen Ausweg wissen oder weisen — muß da nicht für viele die Ansicht naheliegen, sie seien sich selbst der Nächste?

Das mag erklären, warum nun schon Schüler ihr Leben auf die Karriere-Karte setzen; warum studentisches Langhaar spätestens zum Examen fällt; warum auf Bestseller-Listen derzeit Titel stehen wie „Die Kunst, ein Egoist zu sein“.

Jugendliche allerdings, die keine Hoffnung haben aufzusteigen, neigen nun vermehrt dazu „auszusteigen“ — so der Tübinger Jugendpsychiater Professor Reinhart Lempp, der die Erfahrung gemacht hat, daß die in Rezessionsjahren grassierende Zukunftsangst viele Jüngere in „die Resignation, die Depression“ führt.

Die Schwächeren fliehen vor der Wirklichkeit der Wirklichkeit, sagt Lempp, in „Drogenabhängigkeit und Suizid“; die Zahl jugendlicher Selbstmorde hat sich seit 1970 nahezu verdoppelt. Junge Arbeitslose, so der Münchner Jugendpfleger Helmuth Mayr, weichen häufig aus in die „Bewußtlosigkeit durch Alkohol oder in die Kriminalität“. Andere, wohl die Mehrheit, ziehen sich in jene Traumwelten zurück, nach denen Kino, Comics und kommerzielle Jugendpresse, von „Bravo“ bis „Melanie“, den Weg weisen.

Nach Feierabend ins Niemandsland.

Millionen von bundesdeutschen Jugendlichen, schreibt der Bochumer Pädagoge Professor Joachim H. Knoll, praktizieren einen „gleichsam schizophrenen Lebensvollzug“: Tagsüber leisten sie, mehr oder weniger apathisch, Pflichtübungen in Schule und Beruf; anschließend lassen sie sich „ins Niemandsland rangieren“.

In den Leserbriefen an die Teenager-Presse schlägt sich dieser „Realitätsverlust“, meint Knoll, „anschaulicher als in repräsentativen Erhebungen“ nieder. Der Pädagoge zitiert den Brief eines 17jährigen Anstreichers:

Ich hab keine Lust, mehr zu arbeiten. Mir stinkt alles. Arbeiten, Schule, Zuhause.



Jugend-Probleme (SPIEGEL-Titel*): „Frei sein will ich“

Ich will am liebsten überhaupt nichts tun. Nur Faulenzen und Kino. Einen Wunsch hätte ich. Eine Woche mit dem chinesischen Star Wong Yu zusammen sein. Aus dem Film „Wong Yu, stärker als tausend Kamikaze“. Und dann möchte ich weit, sehr weit weg, am liebsten nach China. Nur, ich kann die Sprache nicht verstehen. Ach, das wär mir auch egal. Nur weg, allein sein. Frei sein, das will ich nur. Frei wie ein Vogel.

Derlei Eskapismus geht, weiß der Berliner Politologe Rainer Kabel, bei vielen einher mit einer „erschreckenden Abnahme der gesellschaftlichen Sensibilität“. Letztes Jahr befragte das „Emnid“-Institut 1500 junge Menschen zwischen 13 und 24 danach, ob es in der Bundesrepublik noch „benachteiligte Gruppen“ gebe. 53 Prozent bejahten die Frage; zwei Jahre zuvor waren es 72 Prozent gewesen.

In ähnlichem Maße ist unter Jugendlichen die Neigung geschwunden, gemeinsam mit anderen für Erstrebenswertes zu demonstrieren: Lediglich 19 Prozent — gegenüber 35 Prozent 1972

* V. l. o. 26/1969, 15/1973, 28/1974, 50/1974.

— sind laut Emnid bereit, für ein politisches Ziel auf die Straße zu gehen. Die Zahl der jungen Männer unter 30, die „die Gesellschaft“ verändern wollen, hat sich nach einer Allensbacher Untersuchung seit 1973 gar halbiert — auf nunmehr 14 Prozent.

Von denen profitiert die CDU/CSU kaum. Vielmehr findet die Schüler-Union breite Zustimmung gerade dann, wenn sie nach außen hin „unheimlich unpolitisch“ auftritt und, so meint der niedersächsische Juso-Schülersprecher Markus Wetzler, „praktische Schülerhilfe bietet, Schulbuchbasare, Studienberatung und Feten mit Freibier“.

Auch die Strategie der Jungen Union, beobachtete der rheinland-pfälzische Jungdemokraten-Vorsitzende Michael Mattar, komme „der Entpolitisierung der Jugend entgegen: Bei ihren großen Festen erscheinen viele Leute, die dann vielleicht auch Mitglied werden, aber nicht aktiv mitarbeiten“.

Gegen die Auswirkungen der politischen Lethargie sind mithin nicht ein-

mal die politischen Jugendverbände gefeiert. Sozialforscher wie der Göttinger Professor Hermann Giesecke scheuen sich denn auch, statt von einer Entpolitisierung von einem Rechtsruck in der jungen Generation zu sprechen, zumal das nun zutage getretene „konservative Potential“ — siehe Jaides Untersuchungen 1970 — „nicht neu“ sei.

Der „offenkundig gewordene Stimmungswandel“ entspringt, meint Giesecke, „weniger einer neuen politischen Überzeugung“; er sei vielmehr die Folge einer „Flucht in Apathie und Resignation unter dem Eindruck der Erfahrung von individueller und kollektiver Ohnmacht gegenüber der Macht der Verhältnisse“.

Gleichwohl, warnt Giesecke, könnten sich „die allgemeine Neigung, wieder konservativ zu tragen“, sowie „die Enttäuschung der linken Gruppen“ bei

sche Topographie der westdeutschen Jugend Verwerfungen fast durchgängig in nur einer Richtung:

Die Masse der Jugendlichen, wie eh und je politisch desinteressiert, ist schwerlich für anderes als die eigenen Angelegenheiten zu mobilisieren; man richtet sich ein, so gut es geht, und wenn es eben gar nicht geht, ziehen eher rechte Parolen denn linke. Die Minderheit der politisch Interessierten rückt in sich, gleich ob für die Union gestimmt oder den Sozialliberalen zugetan, nach rechts.

So steht dem liberal-konservativen Vorsitzenden der Jungen Union, Matthias Wissmann, 26, der „das zurückschwingende Pendel in der jungen Generation von links in der demokratischen Mitte aufzufangen versuchen“ wollte, eine erstarkende innerverbandliche Opposition gegenüber, die das

zum rechten Rand verlagert, rutscht er an der Basis vom linken Rand hin zur linken Mitte — aber es fragt sich, ob die Basis nicht zu schmal wird: Die Zahl der Jugendlichen, die den Jusos ebenso fern stehen wie den Jungdemokraten, der Jungen Union und den Bonner Parteien, scheint vorerst eher noch zu steigen. Die Masse der Indifferenten, Lustlosen, der „angepaßten Neurotiker“, von denen Psychiater Lempp spricht, nimmt zu.

„Größte Gefahr: das Mitläufertum.“

Eine solche Entwicklung müßte, meint der Sozialpädagoge Giesecke, eigentlich „auch die Konservativen beunruhigen, selbst wenn sie ihnen kurzfristig zugute käme“. Denn die „größte Gefahr, die eine Demokratie von innen bedrohen kann“, hatte schon letztes Jahr der französische Politik-Wissenschaftler Alfred Grosser die Deutschen gemahnt, seien „nicht so sehr die ihr feindlich gesonnenen kleinen Gruppen, das ist das Mitläufertum“.

Dessen Gefährlichkeit, argumentiert Grosser, habe sich in der Weimarer ebenso wie in der Bonner Republik erwiesen: „Wenn ein paar Revolutionäre, deren sture und brutale Intoleranz weitgehend die entgegengesetzte Intoleranz gezeitigt hat, den Frieden eines Hörsaales gewaltsam stören und zerstören können, so, weil sich die Hunderte von anwesenden Studenten so passiv benehmen wie ihre Vorgänger 1933.“

Wer wohl, fragt Grosser, werde in einer Zeit der Anpassung die „Grundfreiheiten des Bürgers gegen die Staatsmacht verteidigen, wenn sich, durch diese oder jene wirtschaftliche Entwicklung gefördert, ein neues autoritäres Regime anbahnen würde?“

Allmählich nur teilen solche Sorgen sich auch Bonns Politikern mit. Im November letzten Jahres rügte der SPD-Bundesparteitag, daß infolge allzu radikaler Radikalenabwehr „ein Klima von Mißtrauen und Furcht entsteht, daß Unterwürfigkeit und Obrigkeitdenken wieder aufkeimen“. Und Unbehagen macht sich neuerdings auch unter den Christdemokraten breit, die viele Ursachen der „neuen Angst“ (Grosser) zu verantworten oder mitzuverantworten haben, von der Berufsbildungsmisere bis zum Numerus clausus.

Heinrich Köppler von der nordrhein-westfälischen Union etwa wird des Mitgliederzuwachses so recht nicht froh: „Sicher haben wir Zulauf von Jugendlichen, aber ich fürchte eher eine politische Apathie.“ Parteivorsitzender Kohl wird noch deutlicher. „Wenn jetzt junge Leute zu Anpassern erzogen werden“, sagt Kohl in öffentlichen Veranstaltungen, „gibt mir das zu größeren Sorgen Anlaß als der sogenannte Studentenaufstand von 1968.“



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

„... sieht ihr hier einen großen Deutschen, dessen progressive Dialektik die Basis der Lohnabhängigen ...“

„zunehmendem Druck im Studien- und Ausbildungsbereich zu einem gefährlichen Stimmungsgemisch verdichten“; zur Anfälligkeit fürs Radikale, diesmal von rechts.

Schon berichtet Hamburgs evangelische Stadtmission, die von ihr betreuten jugendlichen Arbeitslosen lobten immer häufiger „Hitler als Vorbild“. „Wenn nichts geschieht“, sagt Arbeitslosen-Diakon Herbert Jeschonowski, „wächst hier eine gefährliche Saat heran.“ In Berlin fällt Schulsenator Walter Rasch (FDP) eine „bedenkliche Zunahme“ neonazistischer Tendenzen auf; aus Mainz meldet Innenminister Heinz Schwarz (CDU), unter den Jüngsten sei der Rechtsradikalismus „wieder da“.

Wenn solche Beobachtungen, wie sie letzte Woche auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ registrierte, nicht nur Zufall sind, dann zeigt die politi-

gewicht nach rechts verlagern will. Beim letzten JU-„Deutschlandtag“ forderten die jungen Rechten denn auch, statt über Mitbestimmung mehr „über die Wiedervereinigung zu reden“, Fackelmärsche zum 17. Juni zu organisieren und bei JU-Versammlungen die Nationalhymne anzustimmen.

Wandel bahnt sich auch bei den Sozialdemokraten an. deren Jüngst-Mitglieder — wie die der Jungen Union — rechts von denen stehen, die um 1970 herum eingetreten sind: Wer heute mit 16 oder mit 20 zur SPD komme, urteilt Parteivorstandsmitglied Bruno Friedrich, sei „ideologisch nicht fixiert“; diese Neumitglieder wollten, ergänzt Herbert Bermeitinger, Sprecher der Mainzer SPD-Landtagsfraktion, „junge Sozialdemokraten und nicht Jusos sein“.

Wie sich bei der Jungen Union der Schwerpunkt von der rechten Mitte hin